

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Verlagspreis vierteljährlich M. 2.70 einschließlich des „Amts- und Anzeigebblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostämtern. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterkühengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Kleinplattige Zeile 20 W. Im Restamt die Zeile 10 W. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 40 W. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Verl.-Abt.: Amtsstelle.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannemann in Eibenstock.

Postfach Nr. 110.

Nr. 49.

Freitag, den 28. Februar

1919.

Bei der Staatsumwälzung, dem Rückmarsch der Heere und ihrer Auflösung sind dem Volkvermögen unermessliche Werte entzogen worden. Unbefugte haben Kriegsgerät der verschiedensten Art an sich gebracht, veräußert oder sonstwie darüber verfügt. So sind insbesondere den Beständen der Heeresverwaltung entzogen worden: Kraftfahrzeuge aller Art, Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Krafttraber, Dampfstrahlpumpen, Dampfstrahlmaschinen, Dampfstrahlmaschinen, Dampfstrahlmaschinen, Motorboote, Anhänger, Beleuchtungswagen sowie Zubehörteile und Betriebsmittel zu diesen Fahrzeugen, z. B. Gummibereifungen, Motoren und Teile dazu, Öl, Benzin.

Der Rat der Volksbeauftragten hat bereits mit Verordnung vom 14. Dezember 1918 die Zurückführung des genannten Heeresgeräts in den Besitz des Reichs angeordnet. Dem Verbleib dieses Heeresgutes nachzugehen, um es möglichst für das Volkvermögen zu retten, ist eine der Aufgaben des Reichsverwertungsamts. Es bedarf zur Erreichung dieses Zieles weitestgehender Unterstützung der Behörden und tatkräftiger Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung. Letztere wird unter besonderem Hinweis auf die aufgesetzte Belohnung gebeten, Wahrnehmungen über plötzliches Auftauchen solchen Gerätes den Behörden mitzuteilen; und die Behörden werden an Hand ihrer amtsmäßigen Unterlagen, z. B. betr. Zulassung von Kraftfahrzeugen, und auf Grund ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse in der Lage sein, schnellstens nachzuprüfen, ob der jeweilige Besitzstand im Hinblick auf die früheren Verhältnisse die Vermutung unrichtigen Erwerbes nahelegt. Anhaltspunkte dafür geben auch äußere Merkmale, wie z. B. der Stempel „Heeresgerät“ an Kraftwagenbereifung, das Wappen — Preussischer Adler, Bayerischer Löwe usw. — an Kraftwagen, wenn auch mit Farbe überstrichen, ebenso eine möglicherweise noch kenntliche militärische Aufschrift, wie z. B. J. R. D. — Immobiles Kraftwagen-Depot, J. R. R. — Immobile Kraftwagen-Kolonnen, A. R. R. — Armee-Kraftwagen-Kolonnen, M. R. — Militär-Kraftwagen.

Alle tut not. Es gilt an Werten zu retten, was noch zu retten ist. In jedem Fall, in dem auch nur die Möglichkeit eines Erwerbes an Heeresbeständen nicht von der Hand zu weisen ist, mag er rechtmäßig sein oder nicht, wird um unverzügliche Mitteilung an das Reichsverwertungsamt, technische Abteilung für Automobilewesen (Tabul) in Berlin W. 8 gebeten. Es hat eine Belohnung bis zu 5 Prozent des durch Abschätzung festzustellenden Wertes des wieder erlangten Gutes unter Ausschluß des Rechtsweges anteilig denjenigen (auch beamteten) Persönlichkeiten zugesichert, durch deren Tätigkeit die Wiedererlangung von Gegenständen der in Absatz 1 genannten Art ermöglicht worden ist.

Dresden, am 22. Februar 1919.

135 a IV

Ministerium des Innern.

2091

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Ludendorff auf dem Wege nach Berlin. Der frühere Generalquartiermeister Ludendorff ist auf der Durchreise von Schweden in Stralsund eingetroffen. Er wird nach Berlin weiterreisen.

Erklärungen in Spaa über die Notlage Deutschlands. Nachdem die deutschen Kommissionen für die Schiffsahrts-, Finanz- und Lebensmittelfrage bereits am 25. Februar in Spaa eingetroffen waren, teilte (wie schon kurz erwähnt wurde) General Rudant im Auftrage Fochs in der Vollziehung vom 24. Februar mit, daß die für diesen Tag angelegten Verhandlungen über die mit der Versorgung Deutschlands zusammenhängenden Fragen nicht aufgenommen werden könnten. Die Zusammenkunft könne nicht vor dem 4. März stattfinden, da die alliierten Delegierten noch nicht im Besitz der genügenden Unterlagen für die in Betracht kommenden Finanzfragen seien und darüber in Paris berieten. Der Vertreter der deutschen Regierung teilte im Anschluß hieran mit, daß ihm von städtischen und Kreisbehörden des niederrheinischen Kohlenbezirks mehrere Telegramme zugegangen seien, die in engem Zusammenhang mit den leider verschobenen Verhandlungen ständen. Er verlas Auszüge aus den Telegrammen. Es wird in ihnen übereinstimmend erklärt, daß die Lebensmittelnot auf höchste gestiegen und der größte Teil der unterernährten Arbeiter am Ende seiner körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt ist. Dauerstreiks und Hungertrawalle seien überall zu befürchten, wenn nicht rasch und ausreichend Lebensmittel beschafft würden. Der Vertreter der deutschen Regierung bemerkte hierzu: Er habe diese Telegramme lediglich zu diesem Zweck verlesen, damit die interessierten Kommissionen an diesen Beispielen sehen, wie hoch die Lebensmittelnot in Deutschland gestiegen sei und zu welchen Zuständen sie führe. Die innerpolitische Lage in Deutschland sei niemals so drohend gewesen wie jetzt. Nicht nur im Ruhr-

revier, aus dem diese Telegramme stammen, sondern auch in den hauptsächlichsten Städten Süddeutschlands hätten die extremen Elemente die Oberhand gewonnen oder ständen im Begriff, sie zu gewinnen. Die bolschewistische Gefahr sei größer denn je. Die deutsche Regierung tue alles, um diese Gefahr zu bekämpfen, aber die einzigen dauernd wirksamen Waffen seien Brot und Arbeit. Die Lieferung dieser Waffen hänge allein von den alliierten und assoziierten Regierungen ab. Er hege die feste Ueberzeugung, daß die bevorstehenden jetzt verzögerten Verhandlungen von den alliierten und assoziierten Regierungen in großzügiger Weise geleitet und nicht mit Bedingungen verknüpft würden, die Deutschland die Annahme unmöglich machen oder außerordentlich erschweren müßten.

Umwälzung in Düsseldorf. In Düsseldorf hat sich in der Nacht zum Dienstag eine große Umwälzung vollzogen. Der aus Unabhängigen und Spartakisten bestehende Arbeiterrat hatte Montag mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Wiederaufnahme des Generalstreiks abzulehnen. Daraufhin ist dieser Arbeiterrat von radikalen Elementen der Spartakisten und Arbeitslosen gestürzt worden. Die Unabhängigen, welche Mitglieder des bisherigen Vollzugsrates waren, sind in sogenannte Sicherheitshaft genommen worden. Der neue Vollzugsrat soll den Generalstreik mit aller Stärke durchführen. Die Empörung der Arbeiterschaft, welche weiter zu unfreiwilligem Feiern gezwungen werden soll, ist ungeheuer.

Frankreich.

Frankreich gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs. Die Pariser Regierungspresse bespricht Maßregeln, um den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu verhindern. Im Leitartikel des „Journal des Debats“ wird angeraten, Deutschland damit zu drohen, daß, falls der Anschluß erfolgt, das linke Rheintal in einen Pufferstaat umgewandelt werde. Der „Temps“ dagegen schlägt vor, Oesterreich gleich der Schweiz zu neutralisieren, wodurch der Gedanke des Anschlusses an Deutschland in Oesterreich unpopulär gemacht werden würde.

Beschleunigung des Friedensschlusses. Die „Times“ berichten, daß alle Kom-

mmissionen im Zusammenhang mit den Friedensbesprechungen, ausgenommen diejenigen, die erst Mitte Februar zusammengestellt wurden, den Auftrag erhalten haben, ihre Berichte nicht später als bis zum 8. März fertig zu stellen, um das Zustandekommen des Friedens zu beschleunigen.

England.

General von Lettow-Vorbeck in Caprya. General von Lettow-Vorbeck, der Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte in Ostafrika, ist, wie aus London gemeldet wird, von Plymouth nach Holland unterwegs.

Afghanistan.

Attentat auf den Emir von Afghanistan. Aus Kabul wird über London gemeldet, daß der Emir von Afghanistan am Morgen des 20. Februar im Lager von Laghman angegriffen und totgeschossen worden ist. Nähere Einzelheiten, besonders über das Motiv der Tat fehlen noch.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 27. Februar. Die Verlustliste Nr. 581 der Sächs. Armee enthält aus unserem Amtsgerichtsbezirk folgende Namen: Aus Eibenstock: Fritz Müller, Mag. Eismann, Freund Schierer, Unteroffizier (Krankenträger), Kurt Barth, Mag. Ungethüm, Arthur Schneider, Fritz Fischer, Blaufeldweber, Willy Schönfelder u. Rudolf Post, Unteroffizier, sämtlich bisher vermißt, in Gefangenschaft; aus Schönheide: Paul Fuchs, bisher vermißt, in Gefangenschaft; aus Schönheiderhammer: Walter Schädlich, leicht verwundet, Alfred Fergert, bisher vermißt, in Gefangenschaft; aus Carlsfeld: Walter Hügel, Unteroffizier, bisher vermißt, in Gefangenschaft; aus Sosa: Hermann Müller, Unteroffizier, bisher vermißt, in Gefangenschaft; aus Oberkühengrün: Walter Lorenz, bisher vermißt, in Gefangenschaft.

Dresden, 25. Februar. Die neugewählte Volkskammer für den Freistaat Sachsen trat heute nachmittag 3 Uhr zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Nach einer programmatischen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede des Volksbeauftrag-

Viehzählung.

Am 1. März 1919 findet eine Viehzählung statt. Aufgezeichnet werden: Pferde (ohne Militärpferde), Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Kaninchen.

Die Viehbesitzer haben den Zählern erschöpfende und wahrheitsgemäße Angaben zu machen.

Sollte eine Viehhaltung bei der Zählung übergangen werden, so ist der Viehhalter verpflichtet, die Anzeige bis Montag, den 3. nächsten Monats, in der Ratskanzlei zu erstatten.

Eibenstock, den 26. Februar 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Verkauf von dänischen Würstkonserven

Freitag, den 28. d. Mts., in sämtlichen Fleischereigeschäften. Fleischselbstverfolger sind bei der Verteilung auszuschalten. Es ist insoweit außer dem Ausweishefte die Fleischmarkentafel an der Verkaufsstelle vorzulegen. Aus dem Ausweishefte wird Marke D 5 abgetrennt. Auf die Haushaltung entfällt — soweit der Vorrat reicht — 1 Dose. Der Preis für 1/2 kg-Dose beträgt bei Leberwurst 12,00 M., Blutwurst 10,00 M. und Leberpastete 11,50 M.

Eibenstock, den 27. Februar 1919.

Der Stadtrat.

Verkauf von Kohlrüben und Weißkraut

Freitag, den 28. d. Mts., in mit dem Kartoffelvertrage beauftragten Geschäften. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 4 Pfund gelbfleischige Kohlrüben und 3 Pfund Weißkraut. Auf Marke E 5 des Ausweisheftes werden Kohlrüben, auf Marke E 6 wird Weißkraut abgegeben.

Uebrigbleibende Mengen können von Sonnabend ab markenfrei verkauft werden.

Preise für das Pfund: Rüben 10 Pfg., Weißkraut 14 1/2 Pfg.

Eibenstock, den 27. Februar 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Preis für 125 g Suppenmehl 24 Pfg. Die noch unbelieferten Marken Y 5 werden mit 125 g Fischöl zu 45 Pfg. in den Geschäften Konsumverein I und II, Wendler und Günzel beliefert.

Eibenstock, den 27. Februar 1919.

Der Stadtrat.